



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Alexander Ulrich, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 6. Juli 2016

BETREFF **Schriftliche Fragen Monat Juni 2016**
HIER **Arbeitsnummern 6/210, 211**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesenen Schriftlichen Fragen übersende ich
Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Fragen des Abgeordneten Alexander Ulrich
vom 29. Juni 2016
(Monat Juni 2016, Arbeits-Nr. 6/210, 211)

Fragen

1. *Wie sollen die Informations- oder Kommunikationssysteme der "Police Working Group on Terrorism" (PWGT) zukünftig organisatorisch und technisch verwaltet werden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7246), und was ist der Bundesregierung über etwaige Pläne bekannt, nicht nur einzelne Informations- oder Kommunikationssysteme der PWGT für Agenturen der Europäischen Union nutzbar zu machen, sondern die PWGT insgesamt in EU-Strukturen zu überführen?*

2. *Welche Aufgaben haben deutsche Behörden bei einem Training der Polizeiorganisation INTERPOL zu "Border management in West Africa" übernommen, bei dem Grenztruppen, zivile Polizei- und militärische Gendarmerieeinheiten, Angehörige des Zoll und Spezialeinheiten aus Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Mali, Niger, Nigeria und Togo ausgebildet wurden (Pressemitteilung INTERPOL vom 7. Juni 2016, <http://www.interpol.int/News-and-media/News/2016/N2016-074>), und welche Methoden zum Aufspüren oder Bekämpfen von "Migrantenschmuggel" und Terrorismus" wurden dort konkret behandelt?*

Antworten

Zu 1.

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat Europol angeboten, das Kommunikationsnetz der „Police Working Group on Terrorism“ (PWGT) zu unterstützen, eine Entscheidung der PWGT hierzu steht noch aus. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 16 bis 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/7246 verwiesen. Aktuelle Pläne, die PWGT insgesamt in EU-Strukturen zu überführen, sind der Bundesregierung nicht bekannt.

Zu 2.

Die Bundesregierung fördert das Projekt „Capacity Building Programme to Foster Stability in West Africa by enhancing interagency collaboration and countering transborder crime“ von INTERPOL im Jahr 2016 mit einem Beitrag in Höhe von 808.844,40 €.

Das Projekt besteht aus zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung von Grenzbeamten und spezialisierten Grenzmanagementbeamten zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität in Westafrika. Dabei soll in verschiedenen Trainingseinheiten den Teilnehmern die Anwendung der sog. „INTERPOL's tools & services“, insbesondere dessen weltweite Datenbanken, z.B. zu Passverlust und – diebstahlsfällen, vermittelt und etabliert werden sowie die Fertigkeiten der Grenzbeamten zur wirksamen Kontrolle von Reisenden, Grenzdokumenten und Gepäck verbessert werden. Dabei wird ein Schwerpunkt auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch gelegt. Wie bei allen INTERPOL-Projekten wird auch hier auf die Beachtung internationaler Standards hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten Wert gelegt. Bei der Eröffnungsveranstaltung in Cotonou nahm auf Einladung von INTERPOL der deutsche Botschafter in Benin teil. Darüber hinaus sind deutsche Behörden bei der Durchführung des Projektes nicht beteiligt.